

Das Amt des Präsidenten, so Michniks Kalkül, liege besser in den Händen eines Vertreters der PVAP, weil der Staatschef auch oberster Befehlshaber der Armee und für die Richtlinien der Außenpolitik verantwortlich ist.

Andererseits hätten die Polen angesichts der schweren Versorgungskrise mehr Vertrauen zu einer Regierung der Opposition, das gleiche gelte auch für die dringend gesuchten Kreditgeber aus dem Westen.

Für eine solche Strategie – die KP sichert Polen nach Osten ab, die Opposition nach Westen – hatte sich bis vorige Woche keine Mehrheit in der „Solidarität“ gefunden. Die Führer der Gewerkschaft möchten die Verantwortung für die polnische Katastrophenwirtschaft nicht übernehmen – und haben auch kein Rezept für eine Sanierung.

Walesa wollte – vorerst? – nicht für ein Staatsamt kandidieren, Fraktionschef Geremek war gleichfalls dagegen, und „Solidarität“-Sprecher Onyszkiewicz drohte sogar, gegen Michniks Ideen „offen zu opponieren“.

Nur: Auch ohne Auftrag und Regierungsverantwortung hat die „Solidarität“ bereits damit begonnen, einen gut Teil der polnischen Politik aus eigener Initiative zu besorgen.

Walesa erklärte, er stehe jederzeit zu einem Gespräch mit Kreml-Chef Gorbatschow bereit, Walesas Frau Danuta wurde vorige Woche in den USA wie ein Staatsgast empfangen.

Und Professor Geremek reiste zu Bundeskanzler Kohl nach Bonn, um die festgefahrenen Wirtschaftsgespräche mit der Bundesregierung wieder in Gang zu bringen. Geremek: „Wir wollen klarstellen, daß Polen keine Almosen braucht, sondern ein neues Modell der Wirtschaftskontakte mit dem Westen.“

USA

Jesu hilf uns

Nach dem Abtreibungsurteil des Obersten Bundesgerichtshofs verlagert sich der Kampf in die 50 Einzelstaaten.

Ein heißer Tag zog über Washington herauf, die Kontrahenten aber schien die feuchte Hitze merkwürdig unberührt zu lassen. Seit den frühen Morgenstunden lagerten sie auf dem breiten Bürgersteig vor Amerikas Oberstem Gerichtshof. Als „Babymörder“ und „Frauenfeinde“ beschimpften sie einander in Hörweite der Richter.

Um zehn Uhr fiel für Minuten Stille über die aufgebrachte Schar von Gegnern und Befürwortern der Abtreibung: Das lang erwartete Urteil im Fall Webster gegen Reproductive Health Services war ergangen, und gesiegt hatten die Abtreibungsgegner.

Randall Terry, Gründer und Motor von „Operation Rescue“ (Aktion Erret-



Pro-Abtreibung-Demonstration in New York: „Staat im Schlafzimmer“

tung), trat jubelnd vor die Mikrophone: Das Urteil führe „in die richtige Richtung“, sprach der Mann, dessen christliche Schocktruppen die Eingänge zu „Abtreibungsmühlen“, sprich Kliniken, blockieren und abtreibungswillige Frauen in „Schwangerschaftsberatungen“ vor „Kindesmord“ bewahren wollen.

Seit 1973, als der Oberste Gerichtshof den Schwangerschaftsabbruch bundesweit legalisierte – mit völliger Entscheidungsfreiheit der Frau in den ersten drei Monaten –, waren Amerikas Abtreibungsgegner darauf ausgewiesen, eine nationale Umkehr zu erzwingen. Vorige Woche kamen sie dem Ziel erstmals näher.

Denn der Richterspruch wird es den 50 amerikanischen Bundesstaaten erlau-

ben, Abtreibungen gegenüber dem Urteil von 1973 einzuschränken. Damit zeichne sich „ein Flickenteppich“ von Rechtsauffassungen ab, klagte Dr. Warren Pearse von der Vereinigung amerikanischer Frauenärzte.

Nicht nur vor Gericht, auch unter den Richtern war Krieg ausgebrochen: Bitter warf Richter Harry Blackmun, der das 1973er Grundsatzurteil begründet hatte, der richterlichen Mehrheit in einem abweichenden Votum vor, die Abtreibungsfreiheit zu erdrosseln. „Einen kalten Wind“ verspürte der liberale Blackmun und sah in der Entscheidung ein „ominöses Zeichen an der Wand“.

„In der Geschichte unserer Nation war Abtreibung zumeist nicht illegal“, hatten 281 US-Historiker das Gericht wissen lassen. Für Amerikas Abtreibungsfeinde aber zählt nur, was seit 1973 geschah: Bis 1988 stieg die Zahl der legalen Abtreibungen von 745 000 auf jährlich 1,6 Millionen an – dem National Right to Life Committee zufolge „ein Holocaust am ungeborenen Leben“.

In Meinungsumfragen aber hat die Mehrheit der Amerikaner legalisierten Schwangerschaftsabbruch stets unterstützt. Nie war nach 1973 die Debatte verstummt, doch aus Distanz nur hatte die amerikanische Öffentlichkeit den Kampf der Neuen Rechten, der Moral Majority und der großen Kirchen gegen den angeblichen Holocaust wahrgenommen.

Nach dem Urteil der letzten Woche herrscht jetzt wieder Kampf Stimmung zwischen den Lagern. „Es ist wie in einem



Aktionist Terry: Massenzulauf erwartet



Abtreibungsgegnerin in Kalifornien: „Es ist wie im Bürgerkrieg“

Bürgerkrieg, wo es auch keine Position in der Mitte gibt“, so Ruth Pakaluk von der Organisation Massachusetts Citizens for Life.

Daß vor dem Urteil 1973 mehr Frauen unter den Händen von Engelmachern starben als danach, ist für fanatische Abtreibungsgegner wie Randall Terry kein Argument. Zuhilfenahme er und seine Mitstreiter auf ein totales Abtreibungsverbot hin, beflügelt von der Überzeugung, daß in Amerika, diesem „Leuchtturm der Menschheit“, nicht sein darf, was anderswo erlaubt ist.

„Jesus hilf uns“, entfährt es ihm, wenn er mit den Frontsoldaten der Operation Rescue am frühen Morgen irgendwo in den USA unterwegs zu einer Abtreibungsklinik ist. Während die Eingänge blockiert werden, fangen selbsternannte „Bürgersteig-Berater“ Frauen auf dem Weg in die Klinik ab, um ihnen in letzter Minute einen Schwangerschaftsabbruch auszureden.

„Terroristen“ nennt Faye Wattleton, die Präsidentin der 177 amerikanischen „Planned Parenthood“-Frauenkliniken, die Terrys Blockierer. Zu zwei Dritteln sind diese Evangelikale, der Rest Katholiken. Über 35 000 willige Helfer in 200 US-Städten gebietet Terry derzeit. Nach dem Urteil des Obersten Gerichts erwartet er Massenzulauf.

250 „Errettungsaktionen“ hat Operation Rescue seit Herbst 1987 durchgeführt, fast 25 000 „Retter“ kamen dabei in Haft. „Unsere Leuten“, so Terry, „wurden Arme und Beine gebrochen.“ Pastoren und Pfarrer sind unter ihnen, sogar der katholische Weihbischof der Diözese New York mußte bei einer Rescue-Aktion ins Gefängnis.

Zweifel an der Richtigkeit ihres Tuns befällt die Erreter nicht. Tritt Terry bei

einer Pressekonferenz gegen die Abtreibungsfreiheit auf, ist auch ein Fötus, „ermordet in der 19. Schwangerschaftswoche“, dabei. In Formaldehyd schwimmt das „kleine Mädchen“, bis es zur Demonstration in einem winzigen, mit weißem Satin ausgelegten Sarg ausgestellt wird.

Jetzt wollen sich Terrys Truppen die Parlamente der Einzelstaaten zum Ziel nehmen. „Auf Staats- und Kreisebene werden wir das größte legislative Programm der amerikanischen Geschichte in Gang bringen“, verspricht Pastor Arthur Tomlinson.

Dort, in den Bundesstaaten und Kreisen, wird die Operation Rescue auf Amerikas Frauenverbände und liberale Bürgerrechtsgruppen stoßen. Zwischen den Fronten der Pressure-groups lavieren die 7461 Senatoren und Abgeordneten der 50 Staatsparlamente.

Viele von ihnen sind keine Berufspolitiker, sondern finden sich zweimal im Jahr in den Staatshauptstädten unter den Kuppeln ihrer Kapitole ein, um über Steuern und Lotterien, Straßenbauten und Strompreise zu befinden. „So richtig Überzeugte in der Abtreibungsdebatte gibt es nur wenige unter uns“, sagt Gene Waldorf, Senator im Parlament von Minnesota. Die übrigen werden sich Überzeugungen zulegen und Farbe bekennen müssen.

Denn Minnesota ist einer von drei Staaten, in denen die Scharfmacher sich gute Chancen für eine scharfe Einschränkung der Abtreibungsfreiheit ausrechnen. Schwer wird es für sie in jenen 13 Staaten, in denen die Behörden armen Frauen die Schwangerschaftsunterbrechung bezahlen.

Dazwischen liegen 34 Bundesstaaten, die Burke Balch vom National Right to

Life Committee schon vorab zu „Schlachtfeldern“ erklärt hat, weil „unsere Freunde auf der Gegenseite dort genauso breite Unterstützung haben wie wir“.

Zu den Verlierern der Abtreibungsdebatte könnte die Republikanische Partei des Präsidenten George Bush zählen, die seit Mitte der siebziger Jahre eng mit den Abtreibungsfeinden zusammenarbeitet. Im Parteiprogramm lehnt sie die Abtreibungsfreiheit ab, Bush fordert gar einen Verfassungszusatz und damit ein einheitliches bundesweites Verbot des Schwangerschaftsabbruchs.

Andererseits sind gerade die Republikaner im Kongreß nicht bereit, staatliche Mittel für die medizinische Versorgung Schwangerer und Kleinkinder zu bewilligen. Nur der Einspruch der amerikanischen Milchindustrie rettete zu Beginn der Ära Reagan eine wichtige Ernährungsbeihilfe für Schwangere und Kleinkinder – Kinder sind gewollt, nur kosten dürfen sie den Staat nichts.

Kommt die US-Frauenbewegung jetzt richtig in Fahrt, droht den Republikanern ein Einbruch: Ihre Wählerkoalition aus Abtreibungsgegnern und vorstädtischen Mittelkläßlern könnte zerbrechen, weil viele Suburbia-Republikaner fiskalisch konservativ, gesellschaftspolitisch jedoch liberal sind.

Bei ihnen verfängt, wovor der demokratische Kongreßabgeordnete Don Edwards nach dem Abtreibungsurteil schon genüßlich warnte: Das Gericht habe „den Staat in die Schlafzimmer amerikanischer Familien geladen“.

GRIECHENLAND

Im Reißwolf verschwunden

Konservative und Kommunisten wollen die Skandale der Sozialisten aufklären, doch die schaffen schnell noch Akten beiseite.

Mit Patriotismus versuchte Kommunisten-Führer Charilaos Florakis den Pakt mit dem Erzfeind zu rechtfertigen: „Was ist denn patriotischer als das?“

Sein Partner, der Vorsitzende der konservativen Nea Dimokratia, Konstantin Mitsotakis, bemühte ebenfalls das Vaterland und feierte die gemeinsame Athener Übergangsregierung mit der Linksallianz als „nationalen historischen Kompromiß“.

Die seltsame Koalition, von den ausmanövrierten Sozialisten des korrupsionsbeschädigten Ex-Premiers Papan-dreu zur „unheiligen Allianz“ erklärt, ist ohne Beispiel. Sie hat Griechenlands politische Szene drastisch verändert und viele Menschen in beiden Lagern verstört.

Noch immer wirken die blutigen Schlachten zwischen Rechten und Lin-